

»Unglaublich, in so einer Krise die Einnahmen von Kapitalseite nicht zu erhöhen und die Armen in dieser Stadt nicht zu entlasten!«

**Rede von Manfred Zieran (ÖkoLinX-ELF im Römer) zum Haushalt auf der Stadtverordnetenversammlung am 9.6.2022 im Frankfurter Römer
(aus dem Wortprotokoll)**

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Guten Abend!

Dies ist ein schlechter Abend für viele Frankfurter. Dieser Haushalt ist eine Niederlage für alle Armen in Frankfurt. Ich bin auch für viele Klos. Ich bin schon etwas älter, deswegen ist ein Klo nicht ganz unwichtig, aber der Haushalt muss nicht gleich ins Klo.

(Heiterkeit)

Da gibt es andere Prioritäten. Die hier versammelten Parteien, soweit sie hier versammelt sind, denn bei der Linkspartei ist die SPD demonstrativ rausgegangen, da waren nur noch vier Leute da. Das ist, finde ich, ein eigenartiges Verhalten. Die Opposition wird abgeklatscht, wenn sie einem irgendwie gefährlich nahe kommt. Aber was ist dieser Haushalt?

(Zurufe)

Gott? Mit Gott habe ich es nicht so. Aber vielleicht ja du, Ursula [Busch, SPD-Fraktionsvorsitzende].

(Heiterkeit)

Okay. Ursula, dieser Haushalt ist ein Haushalt der Trostpreise für Frankfurter und kein Haushalt, der Krisenbewältigungspolitik macht.

(Beifall)

Wir haben anrollende Krisen in Frankfurt, die dramatisch sind. Die Klimakrise wird die Stadt unerträglich erhitzen und austrocknen. Das wird befördert durch jahrzehntelange schwerwiegende Fehler in der Stadt- und Verkehrsplanung, Versiegelungen, Luftvergiftung und so weiter. Die Folgen für die Gesundheit werden dramatisch sein.

(Beifall)

Die Energiekrise wird angetrieben vom russisch ukrainischen Krieg, vom Angriffskrieg der Russen, von Spekulationsinteressen überlagert. Die Energiekrise wird sich wieder auf dem Rücken vieler Bürger*innen abspielen und nicht auf dem Rücken der Konzerne, wie jetzt schon abzusehen ist mit diesen Hilfsmaßnahmen für die Bürger. Da gibt es dann so was wie einen Tankrabbatt. Wer bekommt diesen Tankrabbatt? Die Konzerne werden damit gefüttert. Das ist eine Politik, die völlig an der Situation vorbeigeht.

Die Klimakrise und der Krieg treiben die Lebensmittelpreise hoch. Die Inflation wird hochgetrieben durch diese Krisen. Menschen mit niedrigem Einkommen können sich bald oder jetzt schon nicht mehr gesund ernähren. Diese Belastungen sind keine individuellen Belastungen, sie werden strukturell verstetigt. Wir haben vier bis zehn Prozent der Menschen, die Long Covid haben als Folge der Coronabelastung. Wir wissen nicht, wie viele Leute hier in Frankfurt dadurch noch gesundheitlich geschädigt worden sind. Diese Probleme, die noch durch andere Sachen verschärft werden, kann man, so wird beklagt, nicht strukturell tiefergehend angehen. Deswegen die vielen Trostpreise, weil wir ja ein Verschuldungsproblem haben.

Dann gibt es Glückwünsche an den Kämmerer. Ich schließe mich da nicht an. Aber es ist egal, Bastian [Bergerhoff, Stadtkämmerer]. Ich glaube, wir haben kein Verschuldungsproblem, wir haben ein Einkommensproblem, ein Einnahmenproblem.

(Beifall)

Wir haben ein Einnahmenproblem, weil diese Koalition sich der Umverteilung von oben nach unten verweigert. Durch die Umverteilung, die seit den 1980ern straight betrieben wird von SPD /FDP und CDU /SPD-Regierungen und natürlich von der FDP und auch von dieser ganz großen Koalition, gibt es eine steuerliche Entlastung des Kapitals in dramatischer Weise - das werde ich noch ausführen - und auf der anderen Seite eine Belastung der Bürger, auch mit der Einführung der Mehrwertsteuer.

Aber zunächst noch einmal zu der Problemlage, zu meinem Lieblingsthema, das ich hier immer wieder anspreche. Es ist für viele Menschen ein soziales Desaster, nämlich der Abbau beziehungsweise die Vernichtung von mehr als 40.000 Sozialwohnungen in Frankfurt. Es gibt keine Rückkehr zum sozialen Wohnungsbau. Es gibt keine Rückkehr dazu, dass wir Wohnungen zu einem Preis von fünf bis 5,50 Euro/qm im ersten Förderweg schaffen.

Es war eine erbärmliche Zahl, ich glaube, 2020 waren es 41 Wohnungen, die geschaffen worden sind! Es werden mehr Menschen in Frankfurt wohnungslos werden. Sie werden aus der Stadt vertrieben. Es wird hier immer mehr schwer verträgliche Wohnungsverhältnisse geben. Diesem Trend, der durch die großen Krisen verstärkt wird, hat diese Koalition nichts entgegensetzen, weil sie sich auf der Einnahmeseite bremst.

Es gibt aber nicht nur Opfer, es gibt eben auch die Profiteure. Die Konzernsteuerquote, Steuern auf globale Gewinne der 30 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland, lag 1988 im Schnitt bei 52,1 Prozent. 2020 war es mit 25,7 Prozent nur noch rund ein Viertel, laut dem Bericht der ZEIT. Während sich Banken und Konzerne dank entsprechender Entscheidungen aller vergangenen Bundesregierungen weitgehend oder gänzlich Steuerzahlungen entziehen können und eine Subventionswelle die nächste jagt, wird der Gestaltungsraum der Kommunen immer kleiner.

Diese Entwicklung begann mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer, der Abschaffung der Kapitalerwerbssteuer, der Senkung des Spitzensteuersatzes für sehr viel Verdienende, der Abschaffung oder Nichteinführung der Vermögenssteuer und so weiter. Ich will das jetzt gar

nicht vertiefen. Wichtiger ist die Verschärfung dieser Krise, die hier betrieben wird. Ausgaben wären zum Beispiel dringend nötig für die Abschaffung der Nutzung des Gases, für die Umstellung von fossiler Energie auf Windenergie, was nicht geschieht, und für vieles andere, das nicht geschieht oder wo nur zaghafte Experimente gemacht werden. Die gesamte Stadt ist ein großes Experimentierfeld, gerade im Verkehrsbereich. Diese ökonomische Lage verschärft der Frankfurter Magistrat, verschärft diese Koalition seit vielen, vielen Jahren. Sie wird in Frankfurt durch die Senkung des Hebesatzes verschärft. Wenn ich die Lohnsummensteuer einrechne, die es einmal gab, und andere Sachen, die es gab, dann hätten wir die gleiche steuerliche Belastung des Kapitals erst bei einem Hebesatz von 600 vom Hundert erreicht. Diesen Antrag haben wir gestellt, E 296, als Grundsatzantrag, weil wir meinen, es muss Schluss sein mit dieser indirekten oder auch direkten Subventionierung des Kapitals. 515 vom Hundert im Jahre 1999, 500 im Jahre 2000, 490 in den Jahren 2001/2002, bei Petra Roth ging es auf 460 runter, da stehen wir heute auch noch. Der Einzige, der dann einmal gewagt hat, dagegen anzustinken, war Mike Josef. Der hat 2015 vorgeschlagen, mit dem Steuersatz auf die Höhe zu gehen, die es unter dem OB Wallmann gab, den Hebesatz also um 30 Prozent anzuheben, was uns nicht viel weiterhilft. Aber immerhin, es war ein gewisses Verständnis dafür da.

Dass es hier eine Umverteilung gibt, dass hier ein Klassenkampf von oben stattfindet, das wagt keiner auszusprechen. Von unten gibt es kaum eine Abwehr im Augenblick, aber von oben gibt es diesen Klassenkampf, und der wird hier geführt und verschärft vonseiten dieses Magistrats mit der Senkung dieser Steuer, mit der Senkung der Gewerbesteuer, mit der niedrigen Gewerbesteuer, die wir haben - wer auch immer das in dieser Koalition zu verantworten hat. Ist mir scheißegal, ob die FDP die anderen erpresst oder ob alle dieser Meinung sind, was ich nicht glaube, da gibt es schon unterschiedliche Meinungen. Aber es ist unglaublich, in so einer Krisensituation die Einnahmen von Kapitaleseite nicht zu erhöhen und die Armen in dieser Stadt nicht entsprechend zu entlasten.

Wo bleibt der Nulltarif für den ÖPNV, den wir in einem weiteren Grundsatzantrag gefordert haben?

(Beifall)

Wo bleibt der Nulltarif für die Kindertagesstätten, um den ganz armen Familien zu helfen? Nichts läuft. Da kommt dann: »Wir haben nicht genügend Geld«, »Wir haben nicht genügend Einnahmen« oder »Es fehlt uns hier etwas und es fehlt uns da etwas«. Da nützt jetzt auch das Kopfschütteln bei den GRÜNEN nichts. Das ist so. Es wird immer gesagt, dass kein Geld da ist. Aber das Geld ist da, es wird nur nicht genommen. Von der Seite, der man es schenkt. Warum? Keine Ahnung. Die Regierung, sind das Agenten des Kapitals?

(Beifall, Heiterkeit)

Das ist eine Formulierung, wie sie früher die DKP benutzt hat, die würde ich nicht benutzen. Dieser Magistrat hat eine gewisse Unabhängigkeit. Aber warum handelt er nicht? Warum handelt diese Koalition nicht? Warum benennt sie diese Probleme nicht?

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Claudia Korenke:

Ich darf um etwas Ruhe bitten!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF: (fortfahrend)

Seid ihr schon so auf dieser Seite des Kapitals gelandet, dass ihr das alles durchgehen lasst und ihr überhaupt nicht mehr wahrnehmt, wie die Belastung armer Leute in dieser Stadt ist? Die Folge ist natürlich, dass die Gebühren steigen, die Fahrpreise steigen und die Eintrittspreise in gewissen Bereichen steigen. Und damit es nicht zu sehr auffällt, gibt es eben die Trostpreise: Da gibt es hier eine Verbilligung, da gibt es da eine partielle Verbilligung, aber keine strukturelle Veränderung der Belastung in dieser Stadt. Die liegt einseitig auf der Mittelschicht und vor allen Dingen auf den Ärmeren und auf der Unterschicht. Die anderen tragen immer weniger von dieser Belastung. Das ist ein unzumutbarer Zustand. Der wird hier im Parlament nicht geändert werden, denn dieses Parlament steht mehrheitlich zu dieser Umverteilung nach oben. Aber die Hoffnung, die wir haben - und das werden wir auch unterstützen - ist Widerstand von draußen gegen diese Tendenz. Wir werden jeden Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen diese Verarmung der Schichten in dieser Stadt unterstützen. Ich kann es nicht verstehen, vielen scheint die Dramatik nicht klar zu sein.

(Beifall)

Diese Krisen werden richtig tiefgehend sein, sie werden tief in den Geldbeutel gehen, sie werden tief in die Gesundheitsprobleme der Menschen gehen. Wir werden es nicht schaffen - nicht einmal bis 2035 -, die fossile Energie völlig abzuschaffen. Ihr werdet all diese Ziele nicht erreichen, weil ihr zu feige seid, gegen das Kapital zu kämpfen. Zu sagen, »das Kapital muss leben«, meinerwegen, ihr seid Marktwirtschaftler und ihr seid Kapitalistenbefürworter, aber sie müssen ihren Beitrag zur Gemeinnützigkeit, zu dem Gemeinwesen leisten. Früher hat man gesagt - ist schon länger her -, 50 Prozent der Kosten des Gemeinwesens muss das Kapital zahlen, das war ganz klar. Völlig weg, diese Erkenntnis!

Da kann man nur sagen, diese Koalition, die sich immer so beglückwünscht, dass alles so toll ist, dass alles so gut läuft, die muss sich, glaube ich, auf den Hosenboden setzen - nicht aufs Klo, aber auf den Hosenboden - und überlegen, ob sie über Klos hinaus noch mehr bewegen kann in dieser Stadt und ob sie wirklich das Geld da holt, wo es ist, und nicht von denen, die eh nichts mehr haben, und es denen gibt, die zu wenig haben. Da nutzt auch keine Erhöhung der Einkommensgrenze für diesen - wie heißt dieser Schein noch? - Frankfurt-Pass nichts. Da wird einmal die Einkommensgrenze angehoben. Aber die Situation, in der die Armen leben, in der Obdachlose leben, ist armselig. Wir sind eine der reichsten Städte in der Bundesrepublik, und wir haben Obdachlose in Frankfurt. Unglaublich, dass Obdachlose hier nicht in Wohnungen untergebracht werden und dass man in Ausschüssen Argumente hört wie »Wir haben kein Geld dafür« oder »Das können wir jetzt nicht bezahlen«. Erhöht die Gewerbesteuer und dann habt ihr das Geld.

Danke!

(Beifall)